

Text des Schreibens der Bezirksregierung Arnsberg vom 25.02.2011 an die Landräte, Bürgermeister und Bürgerinitiativen in den Kreisen Borken, Steinfurt und Warendorf:

Erkundungsbohrungen für Erdgas

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Zusammenhang mit Erkundungsmaßnahmen für Erdgas aus sog. unkonventionellen Lagerstätten hat sich in der Öffentlichkeit eine breite Diskussion ergeben, die die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger widerspiegelt. Die Sorgen und Ängste beziehen sich einerseits auf technische Verfahren, die in dieser Form in Nordrhein-Westfalen bisher noch nicht eingesetzt worden sind, andererseits auf die Genehmigungsverfahren, bei denen vielfach Transparenz und eine Beteiligung der Öffentlichkeit vermisst werden.

Wir haben die Schreiben und mündlichen Anfragen an den Regierungspräsidenten und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zum Anlass genommen, eine Diskussion über die Änderung des Bergrechts anzustoßen. Ziel dieses Vorstoßes ist eine stärkere Verankerung der Partizipation und Information der Öffentlichkeit bei Genehmigungsverfahren und eine Erweiterung des Umweltschutzes in bergrechtlichen Genehmigungsverfahren. Diese Anregungen haben wir an die Landesregierung mit dem Ziel einer Bundesratsinitiative herangetragen. Wir sind zudem stetig bemüht, sie auch an die aktuelle politische Diskussion einzubringen.

Unabhängig davon haben wir dafür gesorgt, dass im Hinblick auf die Verwaltungsverfahren größtmögliche Transparenz praktiziert wird. Auf der Internetseite der Bezirksregierung Arnsberg werden wesentliche Entwicklungen zu diesem Themenkomplex dokumentiert und die aktuelle Antrags- und Entscheidungslage dargestellt. Trotz anfänglicher bedauerlicher Irritationen werden wir selbstverständlich ergebnisoffene Verfahren führen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stehen auch weiterhin für Gespräche und Informationen zur Verfügung.

Die Bezirksregierung Arnsberg wird noch im März ein Expertenfachgespräch durchführen, in dem die Thematik unter externer Moderation diskutiert wird. Neben Experten erhalten auch Vertreter der von den aktuellen Planungen der Firma ExxonMobil betroffenen Kreise und Gemeinden sowie der Bürgerinitiativen Gelegenheit zur Teilnahme. Zudem werden Vertreter der Landtagsfraktionen, des Wirtschafts- sowie Umweltministeriums eingeladen. Die Einladungen werden Ihnen in Kürze zugehen.

Ich denke, dass mit den inzwischen veranlassten Maßnahmen eine tragfähige Basis für einen konstruktiven Dialog und einen transparenten Umgang mit der Thematik geschaffen worden ist. Ich bitte Sie auch zukünftig um Ihre Anregungen für den weiteren Diskussionsprozess.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

gez. Volker Milk